

## Zum Strategiepapier zur Finanzpolitik des Landes

### **OB Koschig: Die Entwicklung der Hochschule Anhalt (FH) nicht aufs Spiel setzen**

Nachdem der Standort Dessau-Roßlau der Hochschule Anhalt (FH) bereits einmal empfindlich zur Ader gelassen wurde und die Bauhausstadt auf das Bauingenieurwesen verzichten musste, befürchtet Oberbürgermeister Klemens Koschig nun eine weitere Demontage, sollte es zur Umsetzung des Strategiepapiers zur Finanzpolitik in Sachsen-Anhalt kommen.

„Es gibt wohl keine Partei, die sich nicht jetzt vor den Bundestagswahlen ganz eindeutig zum Ausbau von Bildung und Wissenschaft ausspricht, und zwar als einem der wichtigsten Bausteine zur Sicherung der Zukunft Deutschlands“, betont das Stadtoberhaupt. „Das gilt in besonderem Maße auch für das Oberzentrum Dessau-Roßlau.“

Die Hochschule Anhalt (FH) gehört bundesweit zu den führenden Fachhochschulen auf dem Gebiet der angewandten transferorientierten Forschung und ist damit auch international bestens aufgestellt. Der Campus am Dessauer Bauhaus zieht Jahr für Jahr mehr Studierende an. Über die Gründung von Aninstituten beginnt der Standort zunehmend Ausstrahlung zu entfalten, werden mehr und mehr ausländische Studenten angezogen.

Kommune, Stiftung Bauhaus Dessau und Hochschule Anhalt (FH) arbeiten in immer intensiverem Maße zusammen, was nicht nur zur Steigerung des Studienangebotes, sondern auch zu einem nicht zu unterschätzenden Imagegewinn für das ganze Land führt.

Gerade die große internationale Beachtung, die unsere Stadt im Jubiläumsjahr des Bauhauses findet, sollte der Landesregierung Anlass sein, diesen Leuchtturm weiter zu stärken und auszubauen, statt durch die beabsichtigten finanziellen Kürzungen diese Entwicklung empfindlich zu hemmen.

Bildungspolitik brauche, so OB Koschig weiter, den langen Atem, den das Land in seiner Hochschulpolitik nun auch an den Tag legen müsse. So blickt das Stadtoberhaupt nach vorn und ist überzeugt, dass gerade Dessau-Roßlau mit dem Alleinstellungsmerkmal Bauhaus das Zeug dazu habe, „in nicht allzu weiter Ferne durch Gaststudenten und Drittmittel aus der Wirtschaft den Landeshaushalt infolge vermehrter Einnahmen nicht zusätzlich zu belasten.“

Die jetzt vorgesehenen Einschnitte seien aber das falsche Signal, um einer weiteren Abwanderung unseres akademischen Nachwuchses entgegen zu wirken und die Zuwanderung junger Menschen zu fördern.